

Ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt

Christian Lindners Hochzeit auf Sylt: „Das Private ist politisch“, FR-Panorama vom 7. Juli

Wildaustern versus grüne Soße

Unser derzeit voll beanspruchter Finanzminister darf sicher heiraten in einem angemessenen Rahmen und hätte sicherlich mit seinen 140 Gästen einen Anspruch darauf, dass man ihm nicht genau auf den Teller schaut, was es zu essen gibt. Natürlich neidlos! Ja, die Kosten der Sicherheitsleute! Im gleichen Atemzug liest man: „Hessen feiert in Berlin!“ Da sind etwa 2000 Gäste eingeladen mit Sicherheitsleuten, aber doch nur mit Currywurst, hessischen Hot Dogs und grüner Soße! Was für eine Kompensation für die Sicherheit auf Sylt und die gesamten Kosten in Berlin gegenüber stellen, damit das Volk kräftig stöhnen kann.

Ich mag die Kommentare der FR, aber dann und wann gibt es einen Ausrutscher, der mir den blanken Zorn unter die Hirnhaut treibt. Uwe Thoms, Frankfurt

Wie einst Juan Carlos auf Elefantensafari

Lasst ihn doch feiern, Kritik daran könnte man als Sozialneid auslegen. Dass dann aber der Polizeischutz kostenlos ist, kann man nicht verstehen. Nehmen wir mal die Bundesligaspiele, da werden die Vereine mit den Kosten dafür belastet. Dann noch König Juan Carlos in Spanien, seine Elefantensafari in Afrika, obwohl es den Spaniern wirt-

schaftlich miserabel ging, war der Anfang vom Ende für ihn, trotz aller Verdienste die er sich durchaus erworben hatte. Ich denke, das kann man durchaus vergleichen. Bernd Kreuzberger, Heusenstamm

Kopfschütteln ist natürlich erlaubt

Die evangelische Kirche scheint einen neuen Weg gefunden zu haben, Besucher in ihre Kirche zu locken (bei den vielen Austritten nachvollziehbar). Zwei prominente Menschen – prominent müssen sie schon sein – die sich bewusst dafür entschieden haben, aus der Kirche auszutreten (was man ebenfalls nachvollziehen kann) durften nun auf Sylt kirchlich heiraten. Welcher Teufel hat auf der einen Seite die beiden (gut, er ist Politiker und sicherlich mit Heuchelei gut vertraut) geritten, dies gegen ihre Überzeugung zu tun und auf der anderen Seite die Verantwortlichen der Kirche, dies zuzulassen? Es geschieht ja vieles auf der Welt, aber Kopfschütteln ist erlaubt. Otto Ernst Dudek, Hamm

Aktive Verleugnung einer unerwünschten Gefahr

Man könnte drüber hinweggehen, aber es ist ein bemerkenswertes Symptom unseres gegenwärtigen Krisen-Dilemmas. Es gibt evolutionsbiologisch und -psychologisch verankerte Gründe dafür, dass wir Menschen dazu neigen, nur akute Gefahren

ernst zu nehmen und uns um räumlich oder zeitlich fernliegende erst mal nicht zu kümmern. Wir sind aber bei sachangemessener Wahrnehmung in der Lage, eine noch nicht hautnahe Gefahr realistisch zu begreifen und einzuschätzen. Sowohl das eine wie das andere ist am Beispiel Klimawandel gut zu besichtigen.

Das Beispiel Lindner und auch Friedhelm Merz' Auftritt dort zeigt allerdings deutlich und beispielhaft die ideologisch verstärkte aktive Verleugnung einer unerwünschten realen Gefahr, die vielleicht bewusst, vielleicht auch nicht, als Provokation auftritt (die Verleugnung). Wegen der naturhaften Grundlage werden wir mit dem Phänomen leben müssen, aber wir müssen es nicht resignierend hinnehmen, sondern sollten die konkrete Verleugnung und Provokation bei jeder Gelegenheit anprangern. Bei Politikern und anderen Promis kann Öffentlichkeit ja wirken. Eberhard Rumpf, Burgdorf

Kirchliche Trauung für Nichtchristen

Mit Recht kritisiert die Theologin Margot Käßmann unseren Finanzminister Christian Lindner wegen seiner kirchlichen Trauung auf Sylt. Kritik gebührt aber vor allem dem Kirchenvertreter, der die Trauung vollzog. Denn, wie Frau Käßmann schildert, das Brautpaar hat öffentlich gemacht, dass es sich nicht als Christen verstehe. Sabine Groß, Meinhard

Das Problem ist hausgemacht

Deutsche Bahn: „Auf der Strecke geblieben“ und „Im Stau auf der Schiene stehen auch unsere Güterzüge“, FR v. 5.7.

Alles andere im Blick als das öffentliche Wohl

Vielen Dank, dass Sie der Katastrophe auf Rädern, der Deutschen Bahn, Artikel gewidmet haben, die die Misere schildern. Nur zeigen die Äußerungen der Verantwortlichen, dass sie sich um keine Lösung bemühen. Kein Wunder, denn die einzige Lösung ist eine Aufhebung der „Bahnreform“ von 1994, eine „Reform der Reform“.

Damals wurde der Weg in die Privatisierung beschlossen – fast alle Abgeordneten des Bundestags stimmten dafür. Nur ein Häuflein Linker (PDS) war dagegen. Man blieb dann zwar bei der De-facto-Zerstörung auf halbem Wege stecken, aber was man „erreichte“, war schlimm genug. Eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft denkt per definitionem nicht an das öffentliche Wohl, sondern an den Profit der Aktionäre, Manager, Vorstände und „Aufsichtsräte“ – und derer gibt es hunderte, so wie es hunderte pseudo-selbstständige Untergesellschaften, Einzelgesellschaften der DB gibt – ein Gestrüpp, das niemand mehr durchschaut.

Es ist dann auch lächerlich, wenn immer wieder „mehr Geld“ für die Bahn gefordert wird. Ohne Strukturreform ver-

sichern diese Millionen und Milliarden im intransparenten System, werden in unsinnigen Großprojekten wie „Stuttgart 21“ (31?) und Hamburg-Diebstreich (nomen est omen) verschwendet. Bahnhöfe werden abgerissen und dafür „Einkaufsbahnhöfe“ gebaut, die kein Mensch braucht und die mit der Aufgabe der Bahn nichts zu tun haben.

Geradezu lächerlich ist auch die Schönrederei der Chefin des Güterbahn-Bereichs der DB, Frau Nikutta. Aus diesem Elend macht sie verbal ein Glanzstück. Ich selber sehe seit Jahren, wie überall die Güterbahnhöfe abgerissen werden, um Platz für „Investoren“ zu machen – und sie erzählt uns Märchen. Jeder weiß, dass der Anteil der Schiene am Güterverkehr zurückgeht. Dass ist das genaue Gegenteil von dem, was die Klima-, Umwelt- und Energiepolitik gerade jetzt erfordern würde. Das stört die Politiker aber nur wenig. Und mit FDP-Verkehrsminister Wissing können wir auch sicher sein, dass es so bleibt – oder noch schlimmer wird. Manfred Bonson, Lüdinghausen

Überall verrosteten stillgelegte Bahngleise

Wenn in dem Interview mit der Güterbahn-Vorsteherin Sigrit Nikutta die Bahnreform als Erfolg

suggeriert wird, kann das nicht unwidersprochen bleiben. Die Güterzüge stehen auch deswegen im Stau, weil seit der viel beschworenen Bahnreform im Jahr 1994 die neuen Leitungskader aus der Privatwirtschaft sämtliche Gleise und Weichen aus Kostengründen wegrationalisiert haben, die nicht für den planmäßigen Alltagsbetrieb unbedingt erforderlich sind, und haben damit zum beklagten Infrastrukturengpass beigetragen. Das Ergebnis ist landauf und landab sichtbar. In nahezu jedem Bahnhof verrotten ganze Gütergleisbündel abgeschnitten vom aktiven Schienennetz. Im Großknoten zwischen Heidelberg und Mannheim zum Beispiel verrottet eine stillgelegte zweigleisige Güterzugstrecke parallel zur überlasteten Hauptbahn. Erst kürzlich war im Wirtschaftsteil der FR zu lesen, dass „immer mehr Firmen ihren Bahnanschluss aufgeben. Die privaten Gleisanschlüsse seien von 1994 bis 2021 um 80 Prozent zurückgegangen“. Dass der Güterverkehr wie im Interview behauptet um „26 Prozent“ gesteigert worden sein soll und nunmehr die Firmen angeblich bei DB Cargo Schlange stehen, erschließt sich mir vor diesem Hintergrund nicht. Joachim Bohndorf, Bensheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220711

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik präsentiert sein Buch „Heile und herrsche. Eine gesundheitspolitische Tragödie“. Anschließend Diskussion. Eintritt 10,50 Euro. Reservierung unter 07231-933125 oder unter pz-forum.de. **Donnerstag, 14. Juli, 19 Uhr** **PZ-Forum, Ecke Post-/Luisenstraße, Pforzheim**

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Zwei Jahre nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“. Auf dem Podium: Marius Weiß (SPD, Vorsitzender des Hanau-Untersuchungsausschusses), Mathias Wagner (Fraktionschef der Grünen im hessischen Landtag), Armin Kurtović (Vater des ermordeten Hamza Kurtović) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Stream auf fr.de/eventvideo **Freitag, 15. Juli 2022, 19 Uhr** **Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Georg Leppert moderiert eine Diskussion des Frankfurter Domkreises zur Pandemie. Mit den Kita-Erzieherinnen Christine Adam-Krieger und Claudia Hilbert, Gaby Hagmans (Caritas), Gesundheitsdezernent Stefan Majer, Frank Nagel (IHK) und Michael Herl (Stalburg Theater). Stream im YouTube-Kanal des Domkreises. **Montag, 18. Juli 2022, 19.30 Uhr** **Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Ohne Sinn und Verstand

Befragung im Bundestag: „Scholz bleibt reserviert“, FR-Politik vom 7. Juli

Wer politische Debatten um Energieversorgungsfragen verfolgt, staunt über intellektuelle Kapazitäten rechter Parteien. Eine hetzt mit kaum vorhandenem Verstand. Die andere betreibt rechtskonservative Politikversuche ohne Erkenntnishorizonte. Das zeigt die Forderung der CDU/CSU-Gruppe nach Weiterbetrieb von AKWs. Betreiber lehnen das ab mit dem Hinweis auf fehlendes Personal und fortgeschrittenen Rückbau des Betriebs. Abgesehen davon kommen Brennstäbe lange schon aus Russland.

Diese Parteien beweisen seit langem ihre ökonomische Inkompetenz durch Verkehrspolitik, Verhinderung der Installation erneuerbarer Energien, tatkräftiger Unterstützung industriellen und finanziellen Großbetrugs (Bankenkrise, Diesel-skandal) und völlig verfehlter Agrar- und Sozialpolitik bar jeder Scham (drei Euro Erhöhung von Hartz IV). Die Krönung heißt Installation des Blackrock-Adlaten Friedrich Merz, der die Verwaltung der Sozialversicherungen in die Hände von Larry Finn überführen will.

Nicht viel besser daher kommen Lindner und Wissing samt deren Parteisoldaten mit ihren rückwärtsgewandten Aktionen. Den Forderungen der Zukunft verweigern sie sich im Grunde. Bravo dem Wähler, der immer noch diesen Wirtschaftsadlaten Kompetenzen zugesteht. Hier offenbart sich ein massives Bildungsproblem. Rolf Schuh, Gießen

Ein Lied für den Index

Zu: „Layla' fliegt raus“, FR-Panorama vom 13. Juli

Ich begrüße ausdrücklich die Ächtung solcher Machenschaften. Aber das älteste Lied über eine Vergewaltigung wird in allen Chören mit Inbrunst gesungen. Es ist das Heiderösllein! Das ist keine Rose, sondern ein junges Mädchen. Auch dieses Lied muss auf den Index.

Rudolf Dirnberger, Frankfurt

SORRY

Crosby ist im angelsächsischen Sprachraum ein geläufiger Name. Unter dessen Trägern werden vermutlich einige sein, die mit Vornamen Bill heißen. Der Crosby, der in unserer Rezension des Hollies-Konzert gemeint war (“Und sie werden wiederkommen!”, 11.7., S.20), heißt allerdings David. **Im Artikel** „Schizophrene Situation“ (9.7., S. 36) haben wir die Bushs durcheinandergebracht. Der genannte George W. Bush war 1991 noch nicht US-Präsident, wohl aber dessen Vater George H.W. Bush.